

Schwere Kost

[Lesestoff, der nicht leicht zu verdauen ist.]

UNFORCED ERROR

Wie sich die Politik in Sachen Energie, Russland und Zukunft verzockt und uns möglicherweise in einen kalten Winter schickt.

[Matthias Müller]

Lassen Sie uns die Situation beschreiben, wie sie sich tatsächlich darstellt: man erwartet von uns, im kommenden Winter frierend die Pobacken zusammen zu klemmen, mögliche Blackouts zu akzeptieren und eine der leistungsstärksten Volkswirtschaften der Erde – die Deutsche Wirtschaft – samt unseres mühsam erarbeiteten bescheidenen Wohlstands mit Wucht an die Wand zu fahren und damit international für Jahre, wenn nicht Jahrzehnte den Anschluss zu verlieren. Einzig und allein, weil eine ideologiebesoffene Bande von Schulabbrechern, Titelbetrügern und Hochstaplern, Amnesie-Patienten, albernen Tanzkaspern und hysterischen Egozentrikern, Kinderbuchautoren und Trampolinturnerinnen es für unsere „moralische Pflicht“ hält, im Alleingang gleichzeitig den Planeten zu retten und ganz Russland in die Knie zu zwingen. Nun, auf dem Papier könnte diese Vision durchaus attraktiv sein: wer wäre nicht gerne ein glorreicher Weltenretter, indem er einfach nur ein paar Wochen lang kalte Dosenravioli löffelt und sich ansonsten seine infantilen Demokratiephanta-

sien von „Grundrechten“ und dergleichen einfach mal verkneift. Wir wollen untersuchen, wie realistisch dieses ehrgeizige Vorhaben ist.

Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck, hat vor Kurzem die lange erwartete Energiewende verkündet: Deutschlands Kohlekraftwerke werden wieder Strom produzieren. In den letzten Tagen habe sich die Lage am Gasmarkt verschärft, erklärte der Minister:

„Noch können die ausfallenden Mengen ersetzt werden, noch läuft die Befüllung der Gasspeicher, wenn auch zu hohen Preisen. Die Versorgungssicherheit ist aktuell gewährleistet. Aber die Situation ist ernst. Wir stärken daher weiter die Vorsorge und ergreifen zusätzliche Maßnahmen für weniger Gasverbrauch. Das heißt: Der Gasverbrauch muss weiter sinken, dafür muss mehr Gas in die Speicher, sonst wird es im Winter wirklich eng.“

Um den Gasverbrauch zu senken, solle also „weniger Gas zur Stromproduktion genutzt werden“, verkündet der Grüne Minister. Sehr

vernünftig. Dann werden also die Kernkraftwerke Emsland, Isar 2 und Neckarwestheim 2 länger laufen, um die Katastrophe abzuwenden? Vielleicht werden stillgelegte Reaktoren wieder in Betrieb genommen? Mitnichten: „Stattdessen werden Kohlekraftwerke stärker zum Einsatz kommen müssen“. Der „Klimaschutz“ ist eben doch nicht so wichtig. Ein Déjà-vu-Erlebnis: Die gleiche Ankündigung hatte es schon vor etwa vier Monaten gegeben. Spiegel online meldete am 28. Februar 2022:

„Inzwischen heißt es im [Bundeswirtschafts-]Ministerium auch, dass in den kommenden Monaten vor allem Kohlekraftwerke die Stromproduktion übernehmen sollen – und nicht Gaskraftwerke. Das Erdgas solle besser für das Auffüllen der Gasspeicher verwendet werden, die derzeit extrem niedrige Füllstände aufweisen.“

Offenbar musste die Idee im Wirtschaftsministerium wie ein Käse mehrere Monate reifen, ehe sie umgesetzt wurde. In der Zwischenzeit wurde tüchtig Erdgas verstromt, als gäbe es kein Morgen. Bruno Burger

vom Fraunhofer-Institut für Solare Energiesysteme, der die Website Energy Charts betreibt, die der Öffentlichkeit interaktive Grafiken zu Stromproduktion und Börsenstrompreisen bietet, berichtete letzte Woche auf Twitter:

„Im Mai wurden mehr als 4 TWh Strom aus Erdgas erzeugt. Das ist ein neuer Rekord für einen Maimonat. Eigentlich sollte man bei der aktuellen Gasknappheit das Gegenteil erwarten.“ Eigentlich. Die deutschen Braunkohlekraftwerke, so Burger, „hätten im Mai mehr Strom liefern können, um teures Erdgas bei der Stromerzeugung einzusparen. Die Kraftwerksleistung in Betrieb war deutlich höher als die Erzeugung der Kraftwerke.“

Weiter schreibt er:

„Im Mai 2020 haben Braunkohlekraftwerke auf die tageszeitlichen Schwankungen der Strompreise reagiert. Im Mai 2022 waren es die Gaskraftwerke.“

Das bedeutet, dass Deutschland faktisch dazu in der Lage gewesen wäre, die Gasverstromung zu entlasten und damit für einen höheren

Füllstand der Gasspeicher zu sorgen. Aber Habeck hat es (bewusst?) blockiert und damit die Gasknappheit unnötigerweise angefacht. Jetzt jedoch kommt zumindest scheinbar die jedenfalls viel zu späte Einsicht: Mehr Kohlekraftwerke, sagt Robert Habeck, würden „für eine Übergangszeit“ benötigt. Die Frage die dabei offen bleibt, lautet: Übergang zu was? Und wie lange wird diese Übergangszeit dauern? Habeck suggeriert mit dem Begriff, dass es eine Sache von Monaten oder wenigen Jahren wäre, dass russisches Erdgas durch Gas, das in flüssiger Form (LNG) aus den USA und Katar kommen soll, ersetzt werden könnte. Dies ist aber gleich aus mehreren Gründen schlichtweg gelogen.

Erstens wird LNG aufgrund des aufwendigen Prozesses (Verflüssigung, Transport per Schiff, Regasifizierung) immer teurer sein, als es das Pipelinegas früher war. Darum sollte es sich verbieten, es überhaupt zur Stromproduktion zu verwenden. Zweitens gibt es nicht die logistischen Möglichkeiten, die benötigten Gasmengen liefern und anlanden zu können. Selbst alle derzeit existierenden LNG-Tankschiffe der Erde könnten die erforderlichen Mengen nicht abwickeln und LNG Terminals gibt es in den europäischen Häfen auch nicht ausreichend. Und Schließlich gibt es auf dem Weltmarkt gar keine derartig großen Gas-Kapazitäten, die man verflüssigen könnte und die auf Deutschland und die EU als Abnehmer warten würden. Die Aussage, man könnte russisches Gas durch LNG ersetzen ist eine glatte Lüge und dient einzig und allein zur Beschwichtigung des naiven deutschen Michel, damit er nicht aufmuckt.

WIE PREKÄR EUROPAS SITUATION WIRKLICH IST

Unter dem Titel: „Vor der kommenden Energiekrise gibt es kein Entkommen“ gab Anas Alhajji,

Chefökonom des Beratungsunternehmens NGP Energy Capital Management, vor einigen Tagen ein sehr interessantes Interview im Podcast MacroVoices (ab Minute 15:20). Er machte deutlich, wie prekär Europas Situation wirklich ist. Die Konfrontation zwischen Europa und Russland, so Alhajji, sei so, wie wenn zwei Personen einander in die Finger bissen:

„Wer wird zuerst schreien? Derjenige, der zuerst schreit, verliert, obwohl beide vielleicht nur der Bruchteil einer Sekunde trennt. Beide werden also schreien, aber einer um den Bruchteil einer Sekunde vor dem anderen. Und Europa wird verlieren. Russland hat einen Haushaltsüberschuss. Russland hat einen Handelsüberschuss. Es hat massive Devisen- und Goldreserven. Russland kann ein oder zwei Jahre überleben. Europa kann keinen Winter überleben. Und das ist der Grund, warum es die Sanktionen hinauszögert – weil sie wissen, dass sie nicht durchstehen können.“

Mit dieser treffenden Analyse legt Alhajji gnadenlos den Finger in die Wunde. Tatsächlich übersteht Russland die beispiellosen westlichen Sanktionen bisher sehr gut. Der Rubel hat — entgegen den Wünschen der westlichen Politiker — sogar ein Rekordhoch erreicht. Die Inflation hat sich nach einem zeitweiligen Anstieg wieder eingebremst. Zahlreiche Importwaren werden durch eigene Produkte ersetzt. Russland hat mindestens 460 Milliarden Dollar verloren, die die westlichen Länder eingefroren oder offen gestohlen haben, dürfte sich dafür aber an Vermögenswerten und Investitionen von „unfreundlichen Staaten“ in Russland zu erheblichen Teilen schadlos halten. Längst hat sich Russland auf den Ausstieg aus dem Zahlungssystem SWIFT vorbereitet und bereits 2015 das inländische System Mir eingeführt. Und nun wurden die westlichen

Kreditkarten Visa und Mastercard in kürzester Zeit durch UnionPay ersetzt, eine Kreditkarte unter Aufsicht der chinesischen Zentralbank.

Der in St. Petersburg lebende deutsche Journalist Thomas Röper schreibt zu den Auswirkungen der westlichen Sanktionen:

„Natürlich schaffen die Sanktionen Probleme für Russland, keine Frage. Aber ich lebe in Russland und im Alltag merkt man fast nichts von den Sanktionen. In Russland kostet Benzin umgerechnet 80 Cent, in Rubel ist der Preis unverändert geblieben. Die Regale in den Supermärkten in Russland sind voll, zu keiner Zeit gab es Mangel an irgendwelchen Lebensmitteln (oder an Sonnenblumenöl et cetera). Die russische Bevölkerung spürt die Sanktionen kaum und um die Preissteigerungen aufzufangen, die es im März gegeben hat, hat die russische Regierung beschlossen, die Sozialleistungen zum 1. Juni zu erhöhen. Darunter ist übrigens auch eine Rentenerhöhung um 10 Prozent“

Dass Russland die Sanktionen von USA und EU bisher recht gut bewältigt, dürfte an der guten Vorbereitung auf die Situation durch die russische Führung liegen — und an einem sich entwickelnden Bündnis mit einem Industrieland auf der anderen Seite der eurasischen Landmasse. Möglich ist die bisherige russische Stabilität hauptsächlich deshalb, weil China mit seinem großen ökonomischen Potenzial Russland den Rücken deckt. Diesen Umstand rügte jüngst auch ein Urgestein der US-amerikanischen Politik — einer, den man nicht eben so des Pazifismus bezichtigen kann oder der dafür bekannt wäre, US-geführten Regime-Change-Operationen kritisch gegenüber zu stehen. Die Rede ist vom fast 100jährigen (ja, er lebt noch!) Henry Kissinger. In einer Videoschleife zum WEF in Davos wusch er den Neocon-Clowns

gehörig den Kopf, die den Ukraine-Konflikt bewusst angezettelt hatten und forderte sie auf, diesen Irrsinn unverzüglich zu beenden. Nicht etwa, weil ihm die ukrainische Zivilbevölkerung leid täte, sondern weil der Stellvertreterkrieg in der Ukraine den amerikanischen Interessen mittelfristig schaden wird. Er treibt Putin in die Arme Chinas, und diese Arme sind weit geöffnet. Russland kann seine Energieexporte weitaus schneller nach China und Indien umleiten, als dass Europa seinen Energiebedarf aus anderen Quellen decken könnte.

Die EU, allen voran Deutschlands Polit-(H)ampelmännchen haben sich gründlich verkalkuliert, als sie die irrwitzige Idee ausgesprochen haben, Russland, so Trampolinturnerin und Außenministerin Annalena Baerbock wörtlich, durch „Sanktionen zu ruinieren“. Russland ist finanziell weitaus liquider als die EU. Auch wenn die ideologiebesoffenen Kriegsbrüller es nicht wahrhaben wollen — Russland sitzt die Sanktionen auf einer Pobacke aus, während den Deutschen dabei im wahrsten Sinne des Wortes der Allerwerteste auf Grundeis geht.

Anas Alhajji wies in besagter Analyse weiter auf die allerjüngsten Kalamitäten hin: Am 9. Juni ereignete sich eine Explosion mit nachfolgendem Brand in einer Erdgasverflüssigungsanlage des amerikanischen Unternehmens Freeport, rund hundert Kilometer südlich von Houston. Das LNG-Terminal, auf das etwa 20 Prozent der amerikanischen LNG-Exporte entfallen, wird für viele Monate ausfallen.

Damit fallen LNG-Lieferungen weg, die niemand ersetzen kann. Einen Tag zuvor hatte Algerien — ein Verbündeter Putins — seinen Banken angeordnet, keine Geschäfte mehr mit spanischen Unternehmen zu machen und einen Stopp der Gaslieferungen angedroht. Auch das eine potenzielle Katastrophe für die EU.

Dem russischen Präsidenten Wladimir Putin bescheinigt Alhajji, anders als die Europäer einen Plan zu haben. Alhajji prognostiziert eine Erdgaskrise in Europa nicht erst im Winter oder im Oktober, sondern schon im Juli oder August 2022. Einige langfristige Lieferverträge endeten im nächsten Monat – dann werde Russland auch bei diesen Kunden auf Zahlung in Rubel pochen und könnte, wenn diese der Forderung nicht nachkämen, die Lieferung einstellen, wie schon gegenüber etlichen EU-Ländern wie Polen, Bulgarien, Finnland und den Niederlanden. „Ich glaube also, die Krise wird schon im Sommer kommen, gar nicht erst im Oktober.“

HURRIKANSaison KÖNNTE EUROPAS PLÄNE DURCHKREUZEN

Weiteres Ungemach droht: Das gesamte LNG, das von den USA nach Europa exportiert wird, stammt aus dem Golf von Mexiko. Und die Hurrikansaison steht vor der Tür. Derzeit werden 14 bis 21 Tropenstürme „mit Namen“ vorhergesagt. Sechs bis zehn davon könnten laut der Vorhersage zu Hurrikanen werden (Windgeschwindigkeiten von 119 km/h und mehr). Drei bis sechs zu schweren Hurrikanen (178 km/h und mehr). „Wir wissen, dass selbst Hurrikane, die keine Zerstörung anrichten, Verzögerungen im Schiffsverkehr mit sich bringen“, so Alhajji:

„Europa könnte also in Schwierigkeiten kommen, obwohl die Erdgas-speicherstände gestiegen sind und derzeit ein komfortables Niveau erreicht haben. Das kann innerhalb von Tagen ausgelöscht werden, wenn keine zusätzlichen Lieferungen kommen.“

Die Suche nach weiteren LNG-Lieferanten ist nicht vielversprechend, zumal Europa auf dem LNG-Markt in Konkurrenz zu Asien steht. Katar, so Alhajji, habe „nichts zu liefern, allein deshalb, weil alles über Verträge verkauft ist“. Algerien habe nichts anzubieten, „und wenn es

die Lieferungen nach Spanien einstellt, gibt es eine schwere Krise“. „Wo also wird das Gas herkommen?“, fragt er.

Die Vereinigten Staaten seien gegenwärtig nicht in der Lage, einen Ausfall der russischen Lieferungen zu kompensieren. Es werde eine große Lücke geben, Europa werde sich wieder an Russland wenden müssen – das den Europäern aber vielleicht gar kein Erdgas mehr verkaufen werde, ehe nicht alle Sanktionen aufgehoben sind. Den europäischen Regierungen werde nichts anderes übrig bleiben, als sich Moskau zu beugen. Anderenfalls, glaubt Alhajji, würden die Regierungen stürzen und neue gewählt werden. Wenn die Menschen erst einmal hungern und frieren, dann wird dem ideologischen Größenwahn aus Berlin rasch die Basis entzogen werden, selbst die arrogantesten Politiker wissen das. „Putin gewinnt in jedem Fall, egal, was die Presse sagt“, resümiert der Experte.

Was die LNG-Exporte der USA betrifft, rechnet er damit, dass sie mittelfristig in Amerika auf Widerstand stoßen werden. Hintergrund: Um die Erdgaspreise in den USA niedrig zu halten, waren Ausfuhren bis 2014 verboten. Erst durch den Schiefergas-Boom (Fracking) hatten die Vereinigten Staaten so viel Erdgas übrig, dass Exporte nicht mehr auf politische Ablehnung stießen. Doch die LNG-Exporte haben zu einem starken Preisanstieg von Erdgas auf dem amerikanischen Inlandsmarkt geführt. Wie sehr der Export die Preise treibt, zeigte sich, als die Nachricht der Explosion in dem Freeport-LNG-Terminal die Erdgaspreise in den USA einbrechen ließ (während sie in Europa als Reaktion in die Höhe schossen), weil geringere Exporte eine höhere Menge für den amerikanischen Markt bedeuten. Alhajji glaubt:

„Wenn die Erdgaspreise in den USA auf 12 oder 14 Dollar (der bis-

herige Jahresrekord liegt bei 9,50 US-Dollar/mmBtu.) steigen, wird es amerikanische Politiker geben, die, obwohl sie pro-Ukraine und für die Unterstützung der EU sind, sagen werden, die LNG-Verkäufe nach Europa müssen beschränkt werden.“

Bei Benzin und Diesel erwägt die US-Regierung tatsächlich schon jetzt Exportbeschränkungen. Von Moderator Erik Townsend gefragt, ob es für Europa einen Ausweg gebe, wenn es bereit sei, „Kompromisse bei den Klimazielen“ zu machen, antwortete Alhajji:

„Das ist der traurige Teil. Es gibt eine beschränkte Fähigkeit dazu. Einige Länder haben sogar noch Kraftwerke, die mit Öl betrieben werden können, andere haben noch Kernkraftwerke. Doch das Problem ist: Sie haben die meisten stillgelegt. Sie wieder in Betrieb zu nehmen, würde viel Zeit und massive Investitionen erfordern. Diese Option existiert also, aber in begrenztem Umfang.“

Die Europäer müssten „wirklich ihre Politik überdenken“. Anderenfalls werde es in Europa eine Krise geben. „Und Menschen werden sterben, entweder an der Hitze oder der Kälte.“

In dieser Situation redet Habeck die Wichtigkeit der Kohlekraftwerke klein, indem er sagt, sie würden für eine „Übergangszeit“ betrieben werden. Wir wissen natürlich, warum er das tut. Er hält Kohlekraftwerke für Sünde und kann seinen Brüdern und Schwestern im Geiste nicht die Wahrheit zumuten: dass diese Sünde nun zur Normalität wird. Wer aber zwei und zwei zusammenzählen kann, weiß, dass es so sein muss: Deutschland konnte überhaupt nur dank des billigen russischen Erdgases auf Kernenergie und Kohle gleichzeitig verzichten (oder meinte, das zu können). Ohne das Erdgas muss man sich für eine der beiden anderen Optionen

entscheiden, solange Außerirdische uns noch nicht die Batterietechnologie gebracht haben, mit der sich der von Windkraft- und Solaranlagen produzierte Strom speichern lässt, um Vorräte für Stunden, Tage, Wochen und Monate zu schaffen.

Es ist indessen ein schwerer strategischer Fehler der Regierung, öffentlich zu erklären, die Kohlekraftwerke würden nur für kurze Zeit, als „Notlösung“ eingeschaltet. Warum? Weil Menschen nötig sind, die sie betreiben und warten. Wenn man diesen sagt, dass ihre Arbeit nicht geschätzt und auch nur von kurzer Dauer ist, ehe man sie ab 2024 wieder als „Klimakiller“ auf FFF-Demonstrationen diffamieren wird, haben sie dazu vielleicht gar keine Lust. Manche Medien haben kürzlich über die Energiekrise in Australien berichtet. Dabei spielen auch marode Kohlekraftwerke eine Rolle, die nicht mehr ausreichend gewartet werden, weil sie ja angeblich nur auf Abruf in Betrieb sind. „Das Problem ist, dass, wenn Sie den Leuten, die Sie unterstützen, sagen, dass Sie ihre Dienste nicht mehr benötigen und nur noch fünf Jahre bleiben, sie anfangen werden, die Wartungsprogramme abzuwickeln, weil sie für zehn oder zwanzig Jahre geplant hatten“, sagte Paul Flynn, der Vorstandsvorsitzende von Australiens größtem Kohlekonzern Whitehaven Energy, vor wenigen Wochen auf der Konferenz „Australian Financial Review ESG Summit“. „Sie sehen jetzt den Beweis dafür, dass die Unzuverlässigkeit [der Kraftwerke] zunimmt, aber das war durchaus zu erwarten.“

Der Krieg gegen die Kohle – samt der Weigerung zahlreicher Banken und Versicherungen, Unternehmen als Kunden zu akzeptieren, deren Geschäft die Kraftwerkskohle ist – hat zudem zu einer kartellähnlichen Situation geführt: Es gibt, verglichen mit früher, nur noch relativ wenige Kohleunternehmen

und kaum eines von ihnen denkt auch nur daran, seine Produktion substanziell zu erhöhen. Wenn die Konzerne nun Investitionen tätigen sollen, die sich erst im Lauf von vielen Jahren amortisieren werden, müsste man ihnen allen jetzt das politische Signal senden, dass die Kohle noch lange gebraucht werden wird und der Krieg gegen die Kohle beendet ist. Doch unser Wirtschaftsstrategie Habeck denkt gar nicht daran, langfristig zu planen. Konfus und machttrunken versucht der ehemalige Kinderbuchautor durch hektischen Aktionismus seine himmelschreiende Inkompetenz zu kaschieren.

Die Ankündigung von Robert Habeck, verstärkt wieder Kohlekraftwerke einzusetzen und dafür die für den Umstieg auf Wind- und Solarenergie notwendigen Gaskraftwerke abzuschalten sowie den Weiterbetrieb der letzten Atomkraftwerke nur aus Rücksichtnahme auf den Gründungs-Mythos seiner Partei fahrlässig zu blockieren, demonstriert eine wohl noch niemals dagewesene Verantwortungslosigkeit eines Bundeswirtschaftsministers. Während nämlich der Weiterbetrieb von Kernkraftwerken, der inzwischen von einer Bevölkerungsmehrheit gefordert wird, praktisch CO₂-frei erfolgen würde, erläutert Habeck in keiner Weise, welche „CO₂-Strafzahlungen“ in wohl zweistelliger Milliardenhöhe für den Weiterbetrieb der Kohlekraftwerke auf Deutschland zukommen werden. Stichwort: Emissionszertifikate, schon mal gehört? Unterm Strich wird die Habeck'sche Energie hinten und vorne nicht reichen und unerträglich teuer werden. Das grüne Energiewende-Projekt ist für jeden erkennbar gescheitert. Allzu dreist und in wissenschaftlich extrem unseriöser Weise wird die Öffentlichkeit von Habeck und der grünen Ideologie belogen:

1. Lüge: Brennstoffe aus Russland könnten ersetzt werden durch

Wind- und Solaranlagen, wird behauptet, doch in Wahrheit können diese bei schlechtem Wetter regelmäßig noch nicht einmal ein Prozent des Strom-, geschweige denn des gesamten Energiebedarfs, decken.

2. Lüge: Strom aus Wind- und Solaranlagen sei billig, wird behauptet, ohne ehrlicherweise dazu zu sagen, dass die Kosten für den erforderlichen Backup-Kraftwerkspark und die CO₂-Emissions-Zertifikate dafür hinzuaddiert werden müssen, was ein extrem teures Energiesystem zur Folge hat. Verschwiegen wird auch, dass eine umfassende „Wasserstoffwirtschaft“, basierend auf Wind- und Solaranlagen, schlichtweg unbezahlbar ist.

3. Lüge: Olaf Scholz und Robert Habeck erzählen den Menschen, die laufenden AKWs könnten nicht zur Energieversorgung im kommenden Winter beitragen, weil die Brennelemente fehlten. Die beiden beziehen sich dabei auf einen bestellten Bericht, dessen Ergebnis vorab feststand.

Das Narrativ, das derzeit gestreut wird, heißt: Im nächsten Winter können die Kernkraftwerke nichts zur Energieversorgung beitragen, weil dafür die Brennstäbe fehlen und so schnell keine neuen beschafft werden können. Der Atomausstieg sei lange beschlossen. Brennelemente und die nötigen Wartungsintervalle der Anlagen seien genau darauf abgestimmt. So reichten die Brennstäbe noch bis zum Ende des Jahres. „Neue zu besorgen, würde mindestens 12 bis 18 Monate dauern, betonte Scholz“, schreibt das Handelsblatt. Wirtschaftsminister Habeck hat sich praktisch gleichlautend geäußert.

Diese Aussagen sind grob irreführend und streuen den Menschen absichtlich Sand in die Augen. Diese Verlautbarungen basieren auf einer vorgeblich „ideologiefreien unideologischen Prüfung“, die zu

dem Zweck angefertigt wurde, sich diese Debatte von vornherein vom Halse zu schaffen.

Fakt ist: die Ministerien haben überhaupt nicht richtig geprüft. Sie haben lediglich eine Abwägungssimulation durchgeführt. Grüne Ideologie geht offenbar vor Versorgungssicherheit sprechen, dann geht es um Menschenleben. Eine „Analyse“ wie diese ist völlig unverantwortlich, zumal keine Fachleute einbezogen wurden. Manche Annahmen der Ministerien sind nachweislich falsch und führen daher zu falschen Schlussfolgerungen.

Richtig ist vielmehr, dass die Brennelemente in den fraglichen AKWs noch erhebliche Leistungsreserven bieten und bis weit in das Jahr 2023 mit Vollast laufen könnten, im so genannten Streckbetrieb sogar noch länger. Doch eine Erlaubnis zum Weiterbetrieb der Kernkraftwerke würde die Grünen zerreißen und damit der Regierung Scholz ein mögliches Ende setzen. Also versucht man, die Forderung unter der Decke zu halten und möglicherweise Zeit zu gewinnen, bis man gar nicht mehr anders kann. Deshalb wird gelogen, dass sich die Brennstäbe biegen.

Tatsache ist: Die explodierenden Energiepreise sind ursächlich nicht auf den Ukrainekrieg zurückzuführen. Sie sind politisch gewollt, sie sind Teil der grünen DNA. Schon vor den umfassenden Sanktionen infolge des Ukrainekriegs mussten Energiewissenschaftler und ein ehemaliger Abteilungsleiter des Umweltbundesamts in der „Zeitschrift für Neues Energierecht“ (Scheer/Kemfert) einräumen, dass die „Energiewende gescheitert ist und eine StromMangelWirtschaft droht“. Durch die Sanktionspolitik mit Beginn des Ukrainekriegs ist der Energiewende nun vollumfänglich die Grundlage entzogen worden. Noch im Koalitionsvertrag

der derzeitigen Bundesregierung war vorgesehen, mit vielen neuen, also zusätzlichen (!) Gaskraftwerken die riesigen wetterbedingten Lücken des Wind- und Solarstroms zu füllen. Zu den zu erwartenden CO₂-Strafzahlungen für die dafür fälligen Emissionszertifikate verlor man in diesem Koalitionsvertrag allerdings kein Wort.

Jetzt sollen es laut Habeck plötzlich Kohlekraftwerke anstelle von Gaskraftwerken sein, ohne dass der Wirtschaftsminister auch nur ansatzweise mit soliden Zahlen nachweisen könnte, wie er auf Erdgas- und Kernkraftwerke verzichten kann, wenn er nach wie vor von der Elektrifizierung sowohl des Autoverkehrs als auch der Raumwärmeversorgung und der Industrie träumt. Wir rennen sehenden Auges in eine mit Leichtigkeit vermeidbare Energiekrise, einzig und allein aufgrund der pathologischen Hybris der Berliner Polit-Clowns.

Die Bundesregierung setzt beim Kohlekauf unterdessen auf Telefondiplomatie. Wie zu lesen ist, hat Bundeskanzler Olaf Scholz den kolumbianischen Präsidenten Ivan Duque angerufen, um auf eine Expansion des Steinkohletagebaus El Cerréjon zu drängen. El Cerréjon, eine der größten Kohleminen der Welt, befindet sich im Alleinbesitz des Schweizer Unternehmens Glencore, seit Glencore letztes Jahr die Anteile der beiden Joint-Venture-Partner BHP und Anglo American für ein Butterbrot gekauft hat.

Ein deutscher Bundeskanzler telefoniert also mit dem Staats- und Regierungschef von Kolumbien und bittet um mehr Kohle. Wer denkt da nicht gleich an den Begriff „Banananrepublik“? Was seine Berater Scholz vielleicht nicht gesagt haben: Präsident Duque ist nur noch bis zum 7. August im Amt. Am Sonntag wurde der frühere Linksterrorist Gustavo Petro zu seinem Nachfolger gewählt. Die schlechten Nachrichten – bzw. die guten für

Putin – reißen wahrlich nicht ab.

Das Wall Street Journal bezeichnete die Deutsche Energiepolitik zuletzt als die „Dümmste Energiepolitik der Welt“ und begründete dies sehr ausführlich. Dies wollen wir hier nicht wiederholen, das wäre eine eigene „Schwere Kost“ wert. Aber in Kürze ist das Problem der Habeck'schen Politik sehr einfach zusammen zu fassen: sie KANN nicht funktionieren, weil die Gesetze der Physik sie verhindern:

- Wind und Solarenergie kann selbst im Optimalfall den deutschen Energiebedarf nicht decken und wird es niemals können, ganz einfach, weil Wind und Sonne mal da sind und mal nicht. Faktisch steht hinter jedem deutschen Windrad und Solarpaneel ein Gas- oder Kohlekraftwerk, das die Schwankungen ausgleichen muss. Speicher- und Puffersysteme sind unbezahlbar und technisch nicht möglich. Cem Özdemir und Annalena Baerbock

haben in Physik offenbar geschlafen, denn das Netz kann entgegen ihrer Aussagen KEINEN Strom speichern!

- Die von Medien und Politik gerne gedroschene Phrase vom „Smart Grid“, dem Speichern von Strom im Akku von E-Autos, ist schlichtweg Schwachsinn, denn die E-Autos von VW, Audi, Mercedes usw. sind technisch gar nicht rückspeisefähig. Nur einige japanische Versuchsfahrzeuge mit einer speziellen Chademo-technik können das. Außerdem ist das deutsche Stromnetz für bidirektionales Laden nicht ausgelegt.

- Wasserstoff benötigt 4KWh Strom zur Herstellung von 1KWh Wasserstoff. Habeck möchte „grünen Wasserstoff“ aus den VAE (wo er NUR mit Atomstrom produziert werden kann) nach Deutschland importieren, nur verrät er nicht, wie das gehen soll. Es gibt weltweit nur ein einziges, winzig kleines Tankschiff für flüssigen Wasserstoff und

niemand plant oder baut weitere davon, weil Wasserstoff einfach zu gefährlich zum Transportieren ist.

- Völlig unbeantwortet lassen die grünen Energiephantasien grundsätzlich sämtliche Fragen nach der ökologischen und klimatischen Gesamtbilanz der von ihnen bevorzugten Elektrifizierung. Die katastrophalen Umweltzerstörungen und die immensen Energiemengen die bei der Produktion von Akkus anfallen, werden einfach ignoriert. Ebenso sind die gigantischen Verbräuche von Ressourcen und Energie bei der Herstellung eines Windrades und die noch völlig ungeklärte Entsorgung der hoch problematischen Akkus Fragen, denen bewusst ausgewichen wird.

Es gibt viele Faktoren, die die Bundesregierung nicht – oder heute nicht mehr – beeinflussen kann. Aber in Worten und Taten weiterhin gegen Kohle – und erst recht gegen die Kernenergie – vorzugehen, das

ist ein Fehler, der Putin freut, uns aber teuer zu stehen kommen wird. Und dazu einer, der völlig vermeidbar wäre. Im Tennis gibt es dafür einen Begriff: unforced error.

Es könnte kalt werden, im kommenden Winter. Es könnte aber auch – und dies ist vermutlich das realistischste Szenario – die Bundesregierung vor Putin einknicken und sein Gas weiterhin kaufen. Allerdings verdeckt über die eine oder andere europäische Zwischenstation, durch die man das „böse“ russische Gas virtuos in „gutes“ EU-Gas umdeklarieren könnte. Mit Hilfe serviler Medien, die diese Geschichte dann über alle Kanäle verkaufen würden, einer Handvoll opulent bezahlter „Experten“ die uns bestätigen, dass alles in bester Ordnung ist, und natürlich der krisenerprobten Ignoranz und nahezu grenzenlosen Begriffsstutzigkeit des gemeinen deutschen Wählers klingt das nach einem soliden Plan.